

Gegenvorschlag - Antrag 3: VPOD-SSP und SEV-Frauenkommission

Offensive für eine echte Elternzeit

Der Feministische Kongress fordert den SGB auf, eine Offensive für eine echte Elternzeit zu lancieren, welche

- Die Errungenschaften des derzeitigen Urlaubs bewahrt, insbesondere des Mutterschaftsurlaubs;
- Eine bestimmte und für beide Elternteile gleiche Anzahl Wochen Elternzeit für jeden Elternteil einführt, zusätzlich zu den bestehenden Urlauben;
- Das Recht auf Elternzeit für alle Formen von Elternschaft und Familien anerkennt, unabhängig davon, ob es sich um gleichgeschlechtliche Elternschaft mit oder ohne Trauschein, Co-Elternschaft, Alleinerziehende, Adoptiv- oder Pflegefamilien handelt.

Unter den zu analysierenden Strategien unserer Offensive, sollte das Prüfen der Durchsetzbarkeit einer Volksinitiative vorrangig sein.

Begründung Antragsteller

Wir erleben derzeit eine Verschiebung der Debatte über die Elternzeit, die die von der Gewerkschafts- und Frauenbewegung erkämpften Rechte in Frage zu stellen droht. Die Elternzeit soll das derzeitige System ergänzen und verbessern und nicht in Frage stellen. Der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen ist einer der kürzesten in Europa. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt einen Mutterschaftsurlaub von sechs Monaten, um das Stillen zu fördern. Es steht unter keinen Umständen zur Debatte, den derzeitigen Mutterschaftsurlaub zu verkürzen. Eine solche Entwicklung wäre vor allem für prekär beschäftigte Arbeitnehmer:innen schädlich.

Die SGB-Offensive muss sich auf die bereits in den Entscheidungsgremien festgelegten roten Linien stützen und sicherstellen, dass die bestehenden Rechte garantiert bleiben. Die Familienzeit-Initiative strebt zwar eine Elternzeit von 36 Wochen an, was positiv ist, aber sie will den Grundsatz des Mutterschaftsurlaubs aus der Bundesverfassung streichen, was gefährlich ist.

Tatsächlich hat diese Initiative einen Nerv geöffnet, was die Rechte genutzt hat, um den Mutterschaftsurlaub zu schwächen. Die Mehrheit der Nationalrats-Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit hat sich für ein Modell der Elternzeit ausgesprochen, welches die bereits bestehenden Urlaubsregelungen flexibilisiert, ohne eine einzige Woche mehr für die Eltern hinzuzufügen. Damit könnten sich Eltern die 16 Wochen Urlaub frei aufteilen, wobei mindestens 8 Wochen – aufgrund des im Arbeitsgesetz verankerten Arbeitsverbots – für die Mutter reserviert bleiben müssten. Einige Eltern könnten sich daher entscheiden, den derzeitigen Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen auf 8 Wochen zu verkürzen.

Das ist inakzeptabel. Gleichstellung darf nicht dazu führen, dass Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit unsichtbar gemacht werden. Gleichstellung bedeutet vielmehr, diese Erfahrungen anzuerkennen und entsprechende Massnahmen und Rechte einzuführen. Ein Kind auszutragen und zu gebären hat erhebliche Auswirkungen auf den Körper, die mentale Belastbarkeit sowie die zeitlichen Ressourcen von Frauen und allen anderen schwangeren bzw. gebärenden Personen. Der Vater und der andere Elternteil spielen natürlich eine wichtige Rolle – ihre Präsenz ist unerlässlich, und ihre Beteiligung wird ausdrücklich gewünscht. Aber eine Ausweitung der Rechte darf nur durch zusätzliche Rechte erfolgen – nicht auf Kosten der Mütter. Auch die

Anerkennung vielfältiger Familien- und Elternkonstellationen ist richtig und notwendig, darf jedoch nicht als Vorwand dienen, um mütterliche Rechte zu beschneiden.

Hände weg vom Mutterschaftsurlaub! Ja zu einer echten Elternzeit!

Empfehlung der Feministischen Kommission des SGB: Annahme
--

Begründung der Feministischen Kommission des SGB

Die Feministische Kommission teilt die Bedenken des VPOD und des SEV hinsichtlich der aktuellen Ausrichtung der parlamentarischen Debatte über die Einführung einer Elternzeit. Die im Antrag 3 des VPOD und SEV erwähnte rote Linie wurde bereits in der Kommission und den Gremien des SGB diskutiert: Der Elternurlaub muss das derzeitige System ergänzen und verbessern und darf die erworbenen Rechte nicht einschränken.

Der Vorschlag, eine Volksinitiative zu lancieren, ist eine Strategie, die sowohl inhaltlich als auch zeitlich sorgfältig geprüft werden muss. Um eine offene Debatte innerhalb des SGB über die beste Strategie zur Verteidigung und Ergänzung der erworbenen Rechte zu ermöglichen, schlägt die Kommission diesen Gegenvorschlag vor, der es ermöglicht, nicht nur den Weg einer Volksinitiative, sondern auch andere Aktionsmöglichkeiten entsprechend ihrer politischen Erfolgsaussichten zu prüfen. Darüber hinaus sollte auch die Anzahl der zu fordernden Urlaubswochen innerhalb des SGB diskutiert und nicht von vornherein festgelegt werden.